

# Bürgerinitiative Für Lebenswertere Umwelt!

01571 Riesa Postfach 10 00 31 Fax: 03525/736384 E-Mail: bi\_fuer\_lebenswert.umwelt@freenet.de

Herrn  
Jens Ostrowski  
Sächsische Zeitung, Lokalredaktion Riesa  
Hauptstraße 56  
01587 Riesa

Fax: 7241-5711



[www.dioxinskandal-riesa.de](http://www.dioxinskandal-riesa.de)

01.10.2013

## Ihr Artikel vom 5. September 2013: „Streit um Feralpi findet kein Ende“

Sehr geehrter Herr Ostrowski,

in der Sächsischen Zeitung vom 5. September 2013, im Regionalteil Riesa, berichten Sie unter der Überschrift „Streit um Feralpi findet kein Ende“ über die Erweiterungspläne des Stahlwerks ESF in Riesa. Dabei gehen Sie auch auf die juristischen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmen ein, wobei namentlich ausdrücklich meine Familie, die Familie Niederleig, genannt wird. Der Tenor des Artikels ist, dass das Stahlwerk „die Kritiker einbinden“ wollte, dies aber abgelehnt worden sei. Ihr sich anschließender Kommentar zum Artikel endet mit dem Satz: „Als Außenstehender gewinnt man allmählich das Gefühl, den Klägern geht es nicht mehr um Wohn- und Lebensqualität, sondern nur noch darum, dem Unternehmen zu schaden.“

Hierzu bedarf es, wie wir meinen, einiger zusätzlicher Informationen, Erklärungen und Klarstellungen. Wir, das sind nicht nur die vier gegen die Genehmigung aus 2006 klagenden Nachbarn des Stahlwerks, sondern auch eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern aus Riesa, die sich in der „Bürgerinitiative für eine lebenswertere Umwelt“ zusammengeschlossen haben, befürchten nämlich, dass in der Öffentlichkeit ein falscher Eindruck über unser Ziel, unsere Motivation und unsere Arbeit entstehen könnten.

Dabei ist es uns insbesondere wichtig, dass es uns nicht darum geht, dem Werk an sich zu schaden. Unser Ziel ist es, die Lebens-, **Wohn- und Arbeitsbedingungen in Riesa** zu verbessern. Wir kämpfen nicht allein für uns und unsere Familien, sondern wir haben das Ziel, die Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger und insbesondere für unsere Kinder in dieser Stadt zu verbessern, damit sie auch in Zukunft lebenswert ist. Wir wollen unsere Heimatstadt attraktiver machen und wir wollen für alle Einwohner der Stadt weniger Umweltverschmutzung und mehr Gesundheit erreichen.

In diesem Sinne begleiten wir seit langem die Entwicklung und die Arbeitsweise des Stahlwerks ESF kritisch. Auch die aktuellen Erweiterungspläne wollen wir konstruktiv begleiten. Wir sind jedoch auch der Ansicht, dass sich eine Menge ungeklärter Fragen und auch Widersprüche angesammelt haben, die wir als mündige, engagierte Bürger zur Sprache bringen wollen – ein gesellschaftliches Ziel übrigens, das wir mit den auf sachliche Information und Aufklärung verpflichteten Medien teilen. Wir können nicht schweigen, wenn die **Umweltverschmutzung** in Riesa nachweislich zunimmt, wenn **falsche Zahlen** veröffentlicht werden oder wenn immer mehr Kinder in Riesa statistisch nachweisbar an **Krebs** erkranken.

Sprechergruppe der Bürgerinitiative:  
Jörg Niederleig, Holger Sonnenfeld, Jan Niederleig, Thoralf Möhlis

Wir fragen deshalb nach, wie es zu erklären ist, dass beispielsweise im **Jahr 2011** in den sächsischen Krankenhäusern **16 Kinder unter 15 Jahren mit dem Wohnort Riesa, Stadt** nach der amtlichen Statistik des Statistischen Landesamtes Kamenz des Freistaats Sachsen wegen bösartiger Neubildungen des lymphatischen und blutbildenden Gewebes behandelt wurden, während **in den Vorjahren keine** Behandlungen stattfanden?

Angesicht solcher Fragen wäre es in unseren Augen unabdingbar, **offen und transparent** mit der Bevölkerung, die sich zu Recht Sorgen um Ihre Umwelt und Gesundheit macht, zusammenzuarbeiten – sowohl seitens des Unternehmens als auch seitens der Genehmigungsbehörde. Letztere sollte als staatliche Stelle in ganz besonderem Maße ihre Verantwortung wahrnehmen, die Bevölkerung zu schützen. Leider haben wir aufgrund zahlreicher Erfahrungen in der Vergangenheit den Eindruck gewinnen müssen, dass Unternehmen und Verwaltung jedoch offenbar nicht immer auf Seiten der belasteten Bürger stehen. Leider könnte vielmehr der Eindruck entstehen, dass durch Intransparenz, gezielte Verschleierung und unvollständigen bzw. unrichtigen Angaben etwas verborgen werden soll. Wie ist sonst zu erklären, dass die ständige Überschreitung der Werte für Dioxin einfach hingenommen wird, ohne dass die zuständige Behörde einschreitet?

Dies macht uns insbesondere vor dem Hintergrund der geplanten Erweiterung Sorgen. Wie soll die Stadt ständig weiter steigende Belastungen verkraften? Wie soll die Stadt mit der enormen Zunahme an Lkw-Verkehr, der durch die stark ansteigende Schrottanlieferung entstehen wird, umgehen? Wie kann dem zunehmenden Lärm, der durch die Erweiterung noch größer werden wird, begegnet werden?

Wir erkennen an, dass Feralpi in den letzten Jahren viele **Anstrengungen** unternommen hat, um insbesondere die bei der Stahlproduktion entstehenden, giftigen Abgase zu reinigen. Das, was heute aus den Schornsteinen des Stahlwerks kommt, sind zweifellos Abgase, die so gut wie technisch möglich gereinigt wurden. Und dennoch steigt die Belastung mit giftigen, gesundheitsschädlichen Stoffen nachweislich weiter an. Dies liegt nach unserer Erkenntnis, die wir durch einen unabhängigen Gutachter überprüft haben, vor allem an den so genannten **diffusen Emissionen**, die ungereinigt vor allem über die Öffnungen des Dachs der Produktionshalle ins Freie entweichen. Gegen diese diffusen Emissionen hat ESF bislang noch viel zu wenig unternommen – und noch schlimmer: Wir haben den Eindruck, dass hier bewusst Informationen zurückgehalten und falsche Daten veröffentlicht werden.

Warum gibt ESF beispielsweise in der Emissionserklärung 2008 an, dass die offenstehenden **Dachluken** nur eine Fläche von 232 m<sup>2</sup> haben, während im neuen Genehmigungsantrag für das gleiche Jahr 836 m<sup>2</sup> angegeben werden?

Es ist nicht verwunderlich, dass durch fast vier Mal größere Dachluken auch sehr viel mehr ungefilterter giftiger Staub aus dem Werk entweichen kann. Dazu passt auch das Eingeständnis, das Feralpi im aktuellen Genehmigungsantrag machen muss: Bei Messung der Dioxin-Belastung in Riesa wurde der anerkannte Wert sowohl in der Messperiode 2008/2009 als auch 2011/2012 **deutlich überschritten**. Dioxine sind giftige chemische Verbindungen, die Krebs auslösen können. Sie entstehen bei der Verarbeitung von Schrott und hier vor allem bei der Zerkleinerung des angelieferten, verunreinigten Metallschrotts. Feralpi selbst räumt ein, dass der erhöhte Wert durch den höheren Durchsatz des Schrottschredders verursacht wurde. Warum behauptet das sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie aber, dass eben diese Werte u. a. auf Heizungen und Silbersterfeuerwerk zurückzuführen seien?

Vor diesem Hintergrund dürfte es verständlich sein, dass uns die geplante Vergrößerung der Dachluken in der neuen Genehmigung und die mit der Kapazitätserweiterung einhergehende Erhöhung des Durchsatzes des Schredders mit großer Sorge und auch Unverständnis erfüllt.

Die ermittelten Werte der Schadstoffbelastung sind in unseren Augen häufig nur wenig aussagekräftig. Warum werden Emissionswerte häufig nur über sehr kurze Zeitspannen ermittelt, in denen beispielsweise die Leistung des Werks und damit auch der Ausstoß an Schadstoffen heruntergefahren werden kann? Warum wurden bislang

immer noch keine kontinuierlichen und gleichmäßigen Immissionsmessungen in Riesa durchgeführt, um die Bevölkerung über die wahre Belastung zu unterrichten? Warum wurde die Lage der Messorte nicht korrigiert, obwohl ein unabhängiger Sachverständiger sie als fehlerhaft bewertet hat? Warum werden die Messergebnisse nicht veröffentlicht?

Wir wollten deshalb als Kläger in der **Mediation** vor dem Oberverwaltungsgericht u. a. eine dauerhafte, transparente Kontrolle der Staubbelastung und eine ebensolche Lärmkontrolle. Die Mediation ist aber nicht aus „*unerfindlichen Gründen*“ gescheitert, sondern weil ESF im letzten Termin zusätzliche, unannehmbare und sachfremde Forderungen vorgebracht hat, die bislang nie Gegenstand des Verfahrens gewesen waren. Damit war dem gesamten Mediationsverfahren die Grundlage entzogen.

Es trifft auch nicht zu, dass ESF den Klägern die Genehmigungsunterlagen noch vor der Behörde übergeben wollte. Die Unterlagen sollten vielmehr – voraussichtlich im August 2012 – zur Verfügung gestellt werden. Dies ist aber nie geschehen. Wir mussten also davon ausgehen, dass auch andere Zusagen nicht eingehalten werden.

Auch können wir leider die behauptete **Transparenz** bislang nicht bestätigen. Warum verzögerte die Genehmigungsbehörde über ein halbes Jahr eine Akteneinsicht in die Unterlagen, die jedem Bürger nach dem Umweltinformationsgesetz zusteht und die gerade das Ziel hat, zu mehr Transparenz im Umweltbereich beizutragen? Warum stellt die Behörde die Unterlagen nicht ins Internet, obwohl sie dazu gesetzlich angehalten ist? Warum übersendet ESF die Genehmigungsunterlagen, die öffentlich ausliegen, trotz zweimaliger, schriftlicher Bitten in den letzten Wochen nicht an uns?

Auch wir bedauern sehr, dass die Mediation gescheitert ist. Wir müssen aber auch feststellen, dass das **Verwaltungsgericht** in erster Instanz ausdrücklich die Berufung zugelassen hat, weil „*Fragen von grundsätzlicher Bedeutung ... bisher ... nicht geklärt erscheinen*“. Das Verwaltungsgericht hat deshalb auch ESF ins Stammbuch geschrieben: „*Es kann aber nach den vorstehenden Ausführungen nicht übersehen werden, dass die Beigeladene durch den mit ihrer Kapazitätserhöhung verbundenen erhöhten Schrotturnschlag (weiterhin) ein erhebliches Problem mit der Freisetzung von PCDD/F und PCB hat. Sie mag den Ausstoß von Dioxinen und Furanen über die Schornsteine dank moderner Abgasreinigungstechnik inzwischen ‚im Griff‘ haben. Dies gilt (...) aber nicht für diffus auf dem Werksgelände freigesetzte Schadstoffe. Verbesserungen in diesem Bereich hat die Beigeladene bisher nicht in wesentlichem Umfang vorgenommen. Wenn sie ihre Stahlproduktion um ein Drittel erhöht, so benötigt sie entsprechend höhere Rohstoffmengen, also offenbar zwangsläufig dioxinbelasteten Schrott, den sie nach wie vor im Freien lagert. Sie verursacht dabei ... (Dioxin-)Konzentrationen im Staubbiederschlag, die zumindest weit oberhalb des für eine langfristige Luftreinhalteplanung geltenden Werts ... liegen. ... Hier besteht eindeutig weiterer Handlungs- und Sanierungsbedarf. Ein weiteres erhebliches Problem stellen ... die nächtlichen Lärmemissionen des Werks dar. Insoweit hat die Anlagenänderung keine Verbesserung erbracht... Allerdings besteht eindeutig weiterer Verbesserungsbedarf ...*“

Wir glauben nicht, dass durch eine erneute Kapazitätserweiterung, ohne dass die Genehmigung 2006 rechtskräftig geworden ist und die dort gemachten Zusagen erfüllt wurden, diese Probleme durch eine weitere Kapazitätserhöhung beseitigt werden können. Dazu sind in unseren Augen noch zu viele Fragen offen und zu viele Widersprüche bestehen fort. Diese müssen im Interesse der Stadt und der dort lebenden Bürger erst noch geklärt werden. Erst müssen die schon 2006 bestehenden Probleme gelöst werden, bevor erneut die Kapazität des Werkes erhöht werden kann!

Für weitere Informationen, gerne auch für ein persönliches Gespräch stehe ich gerne zur Verfügung. Die angeführten Unterlagen stelle ich Ihnen gerne auch als Kopie zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen

Jan Niederleig (Sprecher der Bürgerinitiative Für Lebenswertere Umwelt!)